



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

26. Sitzung vom 25. September 2023

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.25 Uhr

Leitung: Roman Oberli (Präsident)

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Nina Eldridge, Thomas Häfele, Erik Schellenberg, Marc Schinzel
(zwei Sitze sind aktuell vakant)

Präsident:

Roman Oberli

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur heutigen Sitzung. Er begrüsst die Gäste, die Vertretung der Medien, alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie die Gemeindepräsidentin ad interim Caroline Rietschi, die Mitglieder des Gemeinderats und die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner und Christian Häfelfinger. Speziell begrüsst er Jonathan Noack, der heute seine erste Sitzung hat. Er wünscht ihm gutes Gelingen und viel Freude.

Mitteilungen des Präsidenten

Am 14. September 2023 fand die Eröffnungsfeier des Mühlemattschulhauses nach der erfolgten Sanierung statt. Ebenfalls gratulieren möchte der Präsident aus gegebenem Anlass der SVP Binningen, die letztes Wochenende das 40jährige Jubiläum der Ortspartei zu feiern hatte.

Des Weiteren informiert er, dass Claudia Fünfschilling per sofort aus dem Einwohnerrat zurückgetreten ist. Mit dem Rücktritt von Daniel Zimmermann wird es per Ende November einen weiteren Wechsel im Einwohnerrat geben. Er wird in der nächsten Sitzung verabschiedet. Mittlerweile ist auch die Nachfolge von Bettina Benthaus bekannt. Für sie wird Nayna Vanoncini in den Einwohnerrat nachrücken. Momentan läuft noch die Beschwerdefrist. Die Verabschiedung von Claudia Fünfschilling wird der Präsident am Ende der Sitzung vornehmen.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Nina Eldridge, Mitte/GLP, Thomas Häfele, FDP, Erik Schellenberg, SP, und Marc Schinzel, FDP. Zudem sind die beiden Sitze von Bettina Benthaus und Claudia Fünfschilling noch vakant. Somit sind 34 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 18 und das Zweidrittelmehr bei 23.

Wie üblich wird zu Beginn eine Probeabstimmung durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Neue Vorstösse

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 28. August 2023	
2. Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024	177
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2023 Totalrevision Mietzinsbeitragsreglement, 2. Lesung Geschäftskreisführung: Lukas Alt	172
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.05.2023 Interfraktionelles Postulat: Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller	138

5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.06.2023 146
Interpellation Th. Schwarb, Grüne/EVP: Regelung von Feuerwerken
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.05.2023 147
Postulat S. Keller, SVP: 2023 Binningen nachts lichterlos
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2023 151
Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Baumbestand in Binningen
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.06.2023 152
Postulat L. Sutter Rehmann, Grüne/EVP: Überprüfung der Pflichtparkplätze
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2023 158
Interfraktionelles Postulat: Jobticket für die Mitarbeitenden der Gemeinde Binningen
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2023 159
Interpellation St. Siegel, SVP: Sitzbänke im Wohngebiet
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2023 161
Interfraktionelles Postulat: Bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal ermöglichen
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
12. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 28. August 2023

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, im Büro seien keine Änderungen eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 177

Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Der Präsident informiert, dass für die Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Stille Wahlen möglich sind. Er bittet um Wahlvorschläge für die beiden ordentlichen Mitglieder.

Daniel Setz, FDP schlägt namens der FDP Evelyne Treuthardt als ordentliches Mitglied vor. Da sie bisher stellvertretendes Mitglied war, wird dadurch ein Sitz als stellvertretendes GRPK-Mitglied frei. Dafür nominiert die Fraktion Peter Frauchiger.

Simone Abt, SP äussert, die SP schlage Erik Schellenberg als ordentliches GRPK-Mitglied vor.

Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, ist eine Stille Wahl möglich.

BESCHLUSS

://: 1. Für die restliche Amtsperiode werden Evelyne Treuthardt, FDP, und Erik Schellenberg, SP, als Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

://: 2. Für die restliche Amtsperiode wird Peter Frauchiger, FDP, als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 172

Totalrevision Mietzinsbeitragsreglement, 2. Lesung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Es gibt keine Wortmeldungen.

DETAILBERATUNG / LESUNG DER SYNOPSE

§ 1 Zweck

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Mietzinshöchstbeitrag

Keine Wortmeldungen.

§ 3 Einkommensgrenze

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Vermögensgrenze

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Hypothetisches Einkommen

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Allgemeiner Lebensbedarf als anerkannte Ausgabe

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Zuständigkeit

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Verfahren

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Auszahlung

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Rechtsmittel

Keine Wortmeldungen.

§ 11 Aufhebung des bisherigen Rechts

Keine Wortmeldungen.

§ 12 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Verabschiedung Reglement: 33 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat verabschiedet das Reglement zur Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen gemäss Beilage.

In der ersten Lesung hat der Einwohnerrat folgenden Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat berichtet vier Jahre nach Inkrafttreten des Reglements inwieweit mit den beschlossenen Parametern/Schwellenwerten die Ziele des Reglements bezüglich Verhinderung der Sozialhilfebedürftigkeit erreicht wurden.

Interfraktionelles Postulat: Für eine lebenswerte Gemeinde: Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, Erwerbsanreize erhöhen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stephan Siegel, SVP signalisiert, für das Anliegen habe die SVP grundsätzlich Verständnis. Es ist auch bekannt, dass den Initianten des Vorstosses Kinderkrippen und Fremdbetreuung am Herzen liegen. Was sie sich eigentlich wünschen, möchte seine Fraktion im Prinzip auch. Die SVP ist ebenfalls dafür, dass jeder, der seine Kinder gerne fremd betreuen lassen möchte, dies machen soll. Das Angebot soll vorhanden sein und jeder soll sich frei entscheiden können. Wo die Fraktion natürlich eine etwas andere Sicht auf die Dinge hat, ist bei der Frage, wie das gewährleistet werden soll. Sie sind nicht unbedingt dafür, dass man der Allgemeinheit mit Zwang Geld wegnimmt und etwas Anderes damit subventioniert.

Der Redner findet, die Ratsmitglieder sollten sich als Bürger sehen und als erstes versuchen, selbst eine Lösung zu suchen und nicht einfach direkt an den Staat gelangen, um Steuergelder umzuverteilen. Der Vorschlag seiner Partei lautet wie folgt: Wieso versuchen wir es nicht zuerst selbst? Dass es zum Beispiel privat finanziert wird durch eine Stiftung oder Spenden. Wenn das Anliegen wirklich so breit abgestützt ist, wie sich das zeigt durch die, die es eingebracht haben und die, die es unterstützen, dann müsste es genügend Leute geben, die dies unterstützen. Der Votant macht auch gerne selbst mit bei diesem Versuch. Wenn es nicht klappen sollte, kann man immer noch die Idee einer staatlichen Lösung verfolgen. Aber gleich als erstes zum Staat zu gehen, findet die SVP etwas schade. Daher lautet ihr Vorschlag, wenn die Verfasser den Vorstoss nicht zurückziehen möchten, es zuerst einmal auf eine andere Art zu versuchen. Es ist klar, das ist mühsam. Aber wenn es klappt, ist es sicher eine bessere Lösung.

Sirin Hauri, Grüne/EVP erläutert, die familieninterne Kinderbetreuung werde weiterhin nicht bezahlt. Wer als Elternteil zu Hause bleibt, macht sich finanziell abhängig und nimmt Renteneinbussen in Kauf. Viele Arbeitgeber und auch der Arbeitsmarkt möchten nicht, dass Eltern so lange im Beruf fehlen. Gleichzeitig kann man nicht davon ausgehen, dass in der Familie die Strukturen für die familieninterne Kinderbetreuung vorhanden sind. Grosseltern und andere Verwandte sind häufig weit weg, gerade auch bei Personen, die zugezogen sind, um hier zu arbeiten. Es gibt also viele Situationen und Gründe, wieso die familieninterne Betreuung der Kinder nicht möglich ist. Es gibt auch Familien, bei denen beide Elternteile arbeiten und die sich die Kinderbetreuung nicht leisten können. Das sieht die Votantin immer wieder bei ihren Patienten.

Sie findet, es könne nicht sein, dass die Gesellschaft, also wir alle, einerseits möchte, dass die Eltern wieder arbeiten gehen und gleichzeitig schaut man nicht auf die Kinder. Es ist daher ihrer Ansicht nach durchaus eine Aufgabe des Staats und aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Betreuung zu finanzieren. Schliesslich profitieren wir auch alle davon, wenn die Kinder grösser werden, wenn sie uns pflegen. Das ganze Rentensystem ist davon abhängig. Es ist eine Aufgabe, für die wir alle zuständig sind und nicht eine Stiftung. Dass Binningen im Vergleich zu anderen Gemeinden hier schlecht abschneidet, dass es kein Standortvorteil ist und die finanziellen Vorteile werden bereits alle im Postulat ausgeführt. Darauf möchte die Votantin nicht nochmals eingehen. Die Grünen/EVP sprechen sich für die Überweisung des Postulats aus.

Rahel Amacker, Mitte/GLP erklärt, Investitionen in eine zukunftsorientierte Familienpolitik verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, sind elementar für die Gleichstellung von Mann und Frau, wirken sich positiv auf die Entwicklung des Kindes aus und sind gleichzeitig volkswirtschaftlich

sinnvoll. Die Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Anliegens, eine Anpassung der Tarifordnung für die familienergänzende Kinderbetreuung von Kindertagesstätten und Tagesfamilien zu prüfen. Die Fraktion spricht sich für die Überweisung des Postulats aus. Die Kosten für die Kinderbetreuung sind für Familien in der Schweiz nach wie vor beträchtlich. Die Ausgaben für die Betreuung sind so hoch, dass sich insbesondere für Frauen eine Beteiligung am Arbeitsmarkt aus finanziellen Gründen oft nicht lohnt. Daher sind qualitativ hochstehende und bezahlbare Kinderbetreuungsleistungen so wichtig für einen gleichberechtigten Zugang zur Erwerbstätigkeit und für eine ausgeglichene Aufgabenverteilung innerhalb der Familien.

Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt verbessert ihre finanzielle Unabhängigkeit und die Rentenleistung und ist zudem eine wirksame Massnahme gegen den wachsenden Fachkräftemangel in der Schweiz. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist also volkswirtschaftlich und gesellschaftlich von zentraler Bedeutung. Ihrem Wert muss mit einer weitsichtigen und langfristigen Politik Rechnung getragen werden. Binningen hat mit der Überprüfung der jetzigen Subventionspraxis die Möglichkeit, das vorhandene Betreuungsangebot genauer anzuschauen und anzupassen. Die Votantin möchte an dieser Stelle noch einen kurzen Kommentar zum Votum des ersten Redners abgeben. In diesem Postulat geht es nicht nur darum, etwas vom Staat zu verlangen, sondern der Staat erhält dadurch langfristig auch etwas zurück. Das Ziel ist, dass mehr Frauen oder generell Elternteile auch zu einem höheren Prozentsatz am Arbeitsmarkt teilnehmen können. Durch die Steuereinnahmen erhält der Staat auch wieder etwas zurück.

Carole Inäbnit, FDP teilt mit, die FDP werde der Überweisung ebenfalls zustimmen. Die Betreuungsmöglichkeiten sind ein wichtiges Thema für Erziehungsberechtigte im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familien und Beruf, u.a. auch in der momentanen Lage des Fachkräftemangels. Daher ist die Fraktion mit dem Grundgedanken der Unterstützung auf jeden Fall einverstanden. Sie erwarten aber nach der Überweisung einen Bericht des Gemeinderats, bevor eine konkrete Vorlage kommt, sodass sie vor einer allfälligen Umsetzung oder Anpassung Stellung dazu nehmen können. Insbesondere interessiert die FDP neben der im Postulat angesprochenen Gemeinde Allschwil auch die Situation und der Vergleich mit den anderen umliegenden Gemeinden Binningens und Gemeinden in Baselland, die eine ähnliche Grösse wie Binningen haben. Zudem erwartet die Fraktion Schätzungen im Bericht des Gemeinderats, was allfällige Schwellenanpassungen und Tarifveränderungen kosten würden, wie viele Betroffene es gäbe und inwiefern eine Teuerungsanpassung angebracht wäre. Mit diesen Überlegungen und Anregungen überweist die FDP das Postulat.

Lewin Lempert, SP informiert, im Mai 2021 habe die Credit Suisse eine Studie veröffentlicht. Diese zeigt, dass man im Kanton Baselland sehr viel für die vorschulische Kinderbetreuung bezahlen muss, weil die Subventionsbeiträge nicht nur in Binningen, sondern in sehr vielen Gemeinden im Kanton Baselland, sehr tief sind. Die Studie zeigt auf, dass z.B. ein Ehepaar mit zwei Kindern im Vorschulalter, welches die Kinder zweimal in der Woche in die KiTa bringt, zwischen 15 900 und 19 000 Franken bezahlen muss. Das ist extrem viel. Das Ehepaar hat ein Bruttoerwerbseinkommen von 110 000 Franken. Es sind also 10 bis 20 Prozent Kosten für die externe Kinderbetreuung. Der Redner freut sich daher sehr, dass der Gemeinderat das Postulat zur Annahme empfiehlt und er freut sich auch über die breite Unterstützung der Grünen-, der Mitte/GLP- und der FDP-Fraktion. Es ist sehr schön, wenn Binningen als Gemeinde bei diesem wichtigen Thema gemeinsam vorwärts machen kann.

Eine bezahlbare Kinderbetreuung ist ein Must, um drei Sachen zu erreichen. Erstens soll Binningen eine lebenswerte Gemeinde sein, auch für Familien. Junge Familien haben es in Binningen nicht so leicht. Wohnen ist sehr teuer und eine bessere Situation bei der externen Kinderbetreuung kann Wegzüge stoppen. Zweitens geht es auch darum, den Erwerbsanreiz zu verstärken. Es herrscht aktuell schweizweit die Situation eines Arbeitskräftemangels. Wenn mehr Menschen am Erwerbsleben teilnehmen, dann stärkt dies die Wirtschaft und am Ende des Tages auch die Gemeindefinanzen, da höhere Steuereinnahmen zu erwarten sind. Und drittens geht es bei diesem Postulat natürlich auch um die Förderung

der Gleichstellung. Es sollen sich beide Elternteile an der Kinderbetreuung beteiligen und es soll eine bessere externe Kinderbetreuung ermöglichen. Die Forderung, die das Postulat vorsieht, ist sehr moderat. Es wird gewünscht, eine Angleichung an Allschwil zu prüfen. Das ist auch für den Mittelstand sinnvoll, indem der Betrag erhöht wird, bis zu welchem man Subventionen erhalten kann. Gleichzeitig werden bei den tiefen Einkommen mehr Personen bezugsberechtigt. Kurz: Es geht bei diesem Postulat um eine lebenswerte Gemeinde, in der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist.

Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP dankt für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme des Anliegens und auch für die grundsätzliche Sympathie der SVP, die zwar eine andere Lösung vorschlägt, aber das Anliegen verstehen kann. Der Gemeinderat befürwortet das Anliegen des Postulats ebenfalls. Eine Anpassung der Leistungen für die familienexterne Kinderbetreuung, für Tagesfamilien und die schulische Betreuung im Primarschulbereich ist vertretbar, insbesondere auch im regionalen Quervergleich, wie verlangt wird. Es ist ein Ziel der Gemeinde Binningen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. In diesem Bereich gibt es zwei Reglemente. Das FEB-Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung, welches den Rahmen, die Anspruchsberechtigung und die Leistungsangebote festlegt. Die konkreten finanziellen Leistungen sind für den Vorschulbereich in einer Tarifordnung und für den Kindergarten- und Primarschulbereich in einer Gebührenordnung geregelt. Die beiden Ordnungen sind seit man sie in Binningen hat, also seit 2013, aufeinander abgestimmt. Sie haben beide die gleichen Ober- und Untergrenzen und die gleichen maximalen Beträge pro Stunde, die vergütet resp. ausgerichtet werden. Der Gemeinderat schlägt vor, diesen gesamten Mechanismus nicht zu verändern.

Wenn man wie im Postulat gefordert, die Thematik prüft und berichtet und gegebenenfalls auch etwas vorschlägt, dann sollte man es für beide Teilbereiche der familienexternen Kinderbetreuung tun. Es macht keinen Sinn, dies nur im Vorschulbereich zu machen und im Schulbereich nicht. Dann müssten Eltern mit Kindern in beiden Alterskategorien unterschiedlich rechnen und es würde sich auch in der Kommunikation nur schwer erklären lassen. Der Gemeinderat schlägt deshalb bzgl. des Anliegens des Postulats vor, es zu überweisen, aber auf beide Altersgruppe auszuweiten. Zu den in den Voten geäußerten Fragen oder Inputs: Bzgl. des Votums der SVP hatte der Redner den Eindruck, sie möchte zuerst schauen, ob es nicht etwas Anderes gibt. Es ist nicht so, dass das Postulat etwas Neues verlangt. Es geht nur um eine Anpassung der Obergrenze des Betrags pro Stunde an den Betrag, den die Nachbargemeinde ausrichtet. Es geht um ein bestehendes Angebot, das man anpasst und etwas grosszügiger ausgestaltet. Die FDP hat es so verstanden, dass sie zuerst einen Bericht möchte. Ein Postulat verlangt einen Bericht. Das ist im Instrument des Postulats inbegriffen. Das Anliegen, dass man nicht nur den Vergleich mit Allschwil macht, sondern den Bogen etwas weiterspannt, nimmt er gerne auf. In diesem Sinn beantragt er seitens Gemeinderat ebenfalls Überweisung.

Thomas Hafner, Mitte/GLP ist mit allen Voten einverstanden. Auch Lewin Lempert hat ein tolles Votum gehalten, aber dass er als Referenz die Credit Suisse herangezogen hat, erstaunt den Redner doch. Er hat den Eindruck, dass die Credit Suisse gerade in Bezug auf Vertrauen in der Bevölkerung doch stark enttäuscht hat.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 26 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Interpellation Th. Schwarb, Grüne/EVP: Regelung von Feuerwerken

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP fragt den Interpellanten, ob er von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Thomas Schwarb, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die Antwort, auch wenn sein Vorstoss beim Gemeinderat offenbar nicht auf grossen Zuspruch gestossen ist. Er nimmt die Antworten zur Kenntnis, verlangt aber keine Diskussion. Wie fast allen bekannt ist, möchte seine Partei das Thema trotzdem weiterverfolgen und hat daher eine Volksinitiative in dieser Sache lanciert.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten auf die Interpellation zur Kenntnis.

Traktandum 6

Nr. 147

Postulat S. Keller, SVP: 2023 Binningen nachts lichterlos

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanna Keller, SVP äussert, die SVP danke dem Gemeinderat für seinen Bericht und sein Wohlwollen, das Postulat entgegenzunehmen. Die Binninger Strassen waren seit November 2022 von 0.30 bis 5.00 Uhr nicht mehr beleuchtet zur Vermeidung einer Strommangellage. Unterdessen brennen die Lichter wieder nach dem Vorstoss von Marc Schinzel. Das ist gut so, denn immer wieder haben sich Einwohner und Einwohnerinnen gemeldet, die sich nicht sicher gefühlt haben. Sie appelliert, an alle Personen zu denken, die nachts arbeiten, z.B. das Pflegepersonal, Servicepersonal, 24h-Service im Handwerkerbereich und andere. Für die Rednerin und ihre Fraktion ist klar, dass sie im modernen Binningen Sicherheit bieten möchten. Die Rolle der Strassenbeleuchtung in der Nacht ist dabei gross und die Sicherheit zu Fuss ein Grundrecht, wie dies das Positionspapier der Gruppe «Fussverkehr Schweiz» meldet. Dabei spielen auch Fussgängerüberquerungen eine grosse Rolle.

Es gibt die Möglichkeit von Fussgängerampeln mit Bewegungsmeldern, die Beibehaltung von lichtabgedimmten Strassen oder Kreuzungen und die Umstellung der öffentlichen Strassenbeleuchtung auf ein dynamisch steuerbares System. Die Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat bereit ist, nach nachhaltigeren Lösungen mit LED-Lampen und Bewegungsmeldern zu suchen, was ja offenbar nicht nur uns Menschen, sondern auch den nachtaktiven Tieren zu Gute kommt. Übrigens hat der frühere SVP-Fraktionschef Roy Ewald vor vielen Jahren im Einwohnerrat schon gefordert, dass in Binningen dringend LED-Lampen anstelle der Natrium-Dampf Lampen in der Strassenbeleuchtung zum Einsatz kommen sollten. Einige Jahre sind inzwischen vergangen. Schade, dass nicht schon früher vermehrt auf LED umgestellt wurde. Die SVP wird das Postulat an den Gemeinderat überweisen.

Brigitte Strondl, SP informiert, die SP stimme der Überweisung des Postulats von Susanna Keller zu, danke für den Bericht und den Antrag auf Überweisung. Sie möchte dazu nur noch kurz einen Punkt anfügen. Im Gemeinderatsbericht steht, dass LED-Lampen bis zu 70 Prozent weniger Strom benötigen. Das Ziel sollte daher sein, dass die verbleibenden, noch nicht auf LED umgestellten Lampen so schnell wie möglich umgerüstet werden, damit Strom gespart werden kann und eine sinnvolle flächendeckende Steuerung der Lampen möglich wird. Für die Umstellung von ca. 17 Prozent der Lampen bisher hat die Gemeinde 10 Jahre benötigt. Wenn man so weitermacht, braucht es dafür nochmals rund 50 Jahre. So geht es nicht. Die SP wüsste daher gerne von der zuständigen Gemeinderätin, wie sie den Zeithorizont für die restliche Umstellung der Lampen sieht und ob sie etwas zu den ungefähren Kosten sagen kann.

Thomas Hafner, Mitte/GLP bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht sowie bei der Postulantin für den eingereichten Vorstoss. Er nimmt es vorweg: Die Mitte/GLP folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat für eine Überprüfung überweisen. Die vergangene Situation nachts lichterlos war keine Zukunftslösung. Die Fraktion ist froh, dass das nächtliche im Dunkeln tappende nach Hause resp. spazieren gehen der Vergangenheit angehört. Es ist ihnen aber auch bewusst, dass der Befehl durch den Einwohnerrat, das Licht nachts wieder einzuschalten, nicht ganz alle Bewohnenden begeistert hat. Die Mitte/GLP begrüsst eine Abklärung und findet es sehr sinnvoll, dass die Strassenbeleuchtung energiesparend wird, gezielter gesteuert und bedarfsgerecht, flexibel ein- und ausgeschaltet werden kann. Vielerorts wird neu von der Bevölkerung nach energiesparenden Strassenlampen verlangt und die Entwicklung in der Beleuchtungstechnik steht nicht still. Es ist aber auch wichtig, dass die Lichtfarbe in Bezug auf die Sicherheit behutsam ausgewählt und nicht vernachlässigt wird. Es geht hier auch um Strassenverkehrsnormen, die wichtig sind. Zum Schutz nachaktiver Tiere kann die Lichtfarbe von rund 3000 Kelvin, das ist ein Blaulicht, auf Amber umgestellt werden. Ob dies eine gute Lösung ist, muss man aber zuerst prüfen.

Wenn in Zukunft alle Gemeindestrassen mit modernen, energiesparenden Strassenlampen ausgerüstet werden, wird auch der Stromverbrauch für die Beleuchtung etwas reduziert, auch wenn ihm bewusst ist, dass nicht mit allem ein sehr grosser Stromspareffekt auf den gesamten Binninger Stromverbrauch erreicht werden kann. Das spielt aber keine Rolle. Auch viele kleine Einsparungen von Einzelnen geben am Schluss eine beachtliche Energiemenge, die eingespart werden kann. In einem zukünftigen Bericht des Gemeinderats könnten folgende Punkte für den Einwohnerrat interessant sein: Wie rasch kann die gesamte Binninger Strassenbeleuchtung auf die neue Technologie, z.B. LED, umgestellt werden? Wieviel Energie in Kilowatt könnte in etwa eingespart werden? Was heisst dies kostenmässig in Franken? Da eine Umrüstung auf die neue Technologie geschätzt ca. drei bis vier Jahre dauern kann, wäre es vielleicht interessant, zwei Varianten für diese Umrüstung abzuklären. Einmal eine Normalumrüstung mit den entsprechenden Kosten und einmal eine zeitlich beschleunigte Umrüstung mit den entsprechenden Kosten. Die Mitte/GLP freut sich auf eine Vorlage. Wie der Gemeinderat bereits angekündigt hat, kann schneller umgerüstet werden, als man dies bis jetzt über das ordentliche Budget getan hat. Ganz nach dem Motto: Jedes Kilowatt zählt.

Daniel Setz, FDP teilt mit, bei seiner Fraktion hätte das Geschäft eigentlich Marc Schinzel vertreten, der in der letzten Einwohnerratssitzung die dringliche Motion eingereicht hat, damit die Lichter in Binningen wieder eingeschaltet werden. Die FDP dankt dem Gemeinderat, dass er dies so schnell umsetzen konnte und man jetzt nicht mehr im Dunkeln nach Hause gehen muss. Die Fraktion ist auch dafür, dass die Umstellung stattfinden muss und man hier Energie sparen kann. Das ist richtig. Es gibt ganz viele technische Lösungen und es wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch ganz viele weitere neue Lösungen geben. Er ist der Meinung, man müsse nicht warten bis wirklich die letzte, neueste Lösung kommt, sondern es geht darum, dass man es jetzt umsetzt und das Projekt bald auf dem Tisch liegen kann.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen zum Geschäft. Wie sie bereits bei der Behandlung der dringlichen Motion an der letzten Sitzung erwähnt hat, ist die Gemeinde an der Erarbeitung einer Vorlage bzw. eines Konzepts. Das Grobkonzept für die Umrüstung der

Beleuchtung steht bereits. Dieses muss nun verfeinert werden. Thomas Hafner hat es gesagt: Vier Jahre ist die Grössenordnung, die die Primeo vorgibt. Man wird versuchen, ob es schneller geht. Vielleicht wird der Gemeinderat auch Varianten vorschlagen. Es hängt etwas von der Detailarbeit ab, die man mit der Primeo machen kann. Daran ist man momentan. Wie die Rednerin bereits an der letzten Sitzung versprochen hat, wird der Gemeinderat die Vorlage so schnell wie möglich bringen und dann liegt es am Einwohnerrat, wie schnell er das Ganze umsetzen möchte. In diesem Sinne dankt sie für die Überweisung des Vorstosses.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 151

Interpellation S. Hauri, Grüne/EVP: Baumbestand in Binningen

Präsident Roman Oberli, SVP fragt die Interpellantin, ob sie von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder ob sie Diskussion wünscht.

Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP bedankt sich beim Gemeinderat für die detaillierte Beantwortung der Interpellation und die umfangreichen Unterlagen, die ihre Fraktion interessiert studiert hat. Die Grünen sind natürlich froh, dass sich die Gemeinde für das Setzen und Ersetzen von Bäumen und generell für das Schaffen von ökologischen Nischen einsetzt. Bei den Zahlen waren sie etwas erstaunt, da sie im Vorfeld die Information erhalten haben, dass es 523 Bäume gibt.

Der Präsident unterbricht an dieser Stelle kurz. Er möchte von der Interpellantin wissen, ob sie von den Antworten des Gemeinderats befriedigt ist oder ob sie Diskussion wünscht.

Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP beantragt Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 33 JA / 1 NEIN (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellantin Sirin Hauri, Grüne/EVP erklärt, die Grünen haben noch ein paar Fragen an den Gemeinderat. In einer vorherigen Antwort hiess es, die Gemeinde habe 523 Bäume. Nun steht hier in der Beantwortung, es seien 290 Bäume. Das ist ein grosser Unterschied. Wenn dann noch aus einem bekannten

Grund 60 Bäume in einem Jahr gefällt werden müssen, findet sie dies massiv. Die Fraktion wäre daher interessiert zu hören, wie viele Bäume tatsächlich ersetzt wurden. Insbesondere aus den kantonalen Unterlagen wird klar, dass der Baumbestand vor allem im Rahmen von Neubauten und im Privaten drastisch abnimmt und dass speziell dort ein ausreichender Schutz fehlt. Es ist den Grünen auch klar, dass die Gemeinde grundsätzlich daran interessiert ist, den öffentlichen Raum lebenswert zu erhalten. Sie haben sich auch bereits Gedanken dazu gemacht, wie man dies verbessern könnte, wären aber an den Ideen der Anwesenden interessiert und in welchem Umfang man sich vorstellen könnte, bessere Bedingungen zu schaffen. Die Votantin wäre daher froh um eine Diskussion.

Konrad Widmer, SVP ist natürlich ein Fan von Bäumen. Diejenigen, die wissen, wie der Redner wohnt, wissen, dass er das Privileg hat, grosse Bäume im Garten zu haben. Es ist ein gutes Anliegen zu versuchen, den Baumschutz nicht nur auszubauen, sondern überhaupt einmal ein Baumschutz in Binningen einzuführen. Im Moment kann jeder, der möchte, seinen Baum im Garten fällen. Das ist eigentlich total falsch. Der Votant nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat den Baumbestand im eigenen Besitz ausbauen möchte. In diesem Zusammenhang stellt er sich die Frage, ob man wirklich die Überbauung im Spiesshöfli machen oder dort nicht besser einen Wald pflanzen sollte.

Für *Brigitte Strondl, SP* gibt es zwei Themen, die sich noch interessieren würden. Das erste Thema sind die Ersatzpflanzungen. Sie möchte wissen, welche Kriterien bei Ersatzpflanzungen von Bäumen berücksichtigt werden. Im Bericht steht, für die Blutbuche an der Paradiesstrasse soll es eine Ersatzpflanzung geben. Die Votantin kann sich nicht vorstellen, dass das möglich ist. Für einen derart grossen, alten Baum gibt es einfach keine Ersatzpflanzung. Sie wird auf jeden Fall nicht gleichwertig. Als zweites Thema wollte sie nachfragen, was es brauchen würde, um auch auf privaten Flächen Zahlen von ersatzlos gefällten Bäumen zu erheben. Sie könnte sich vorstellen, dass man z.B. einen Mindestumfang festlegt. Man muss ja nicht alle erfassen. Aber für die Rednerin ist diese Information genauso wichtig, wie die Erhebung der gemeindeeigenen Bäume, da auch private Bäume einen Einfluss auf unser Klima haben.

Christoph Daniel Maier, FDP erläutert, es sei selbstverständlich so, dass der Wert der Bäume von allen anerkannt wird und man dafür sorgen muss, dass die Bäume erhalten werden. Insbesondere in den angesprochenen Hitzeinseln ist der Erhalt von Bäumen eine ganz wichtige Sache, um mikroklimatisch dafür zu sorgen, dass die Temperaturen nicht ins Unermessliche ansteigen. Dies stellt speziell bei verdichteten Bauten eine grosse Gefahr dar. Die Frage ist natürlich immer, wie man es schafft resp. was das richtige Instrument ist, um hier vorwärts zu kommen. In Bezug auf die Gemeinde ist es klar. Da ist der Einwohnerrat Herr im Haus und kann dafür sorgen, dass dieses Anliegen Beachtung findet, bestehende Bäume geschützt werden können und ersetzt werden, wenn es nicht anders geht. Man kann auch die Initiative unterstützen, die sich für die Einrichtung eines Birsigparks einsetzt anstelle einer Überbauung am Pfannenboden, die eine weitere Aufheizung des Mikroklimas in der Talsohle fördern würde.

Allerdings möchte er sich nuanciert dagegen wehren, dass jetzt per staatlichem Zwang den Privaten eine Unterschutzstellung eingefordert wird und dass man hier versucht, irgendwelche Kriterien für den Erhalt mit Verboten und Geboten durchzusetzen. Es scheint ihm viel besser, wenn man allen den Wert der Bäume klarmachen und allenfalls mit Anreizen fördern kann. Eine solche Unterschutzstellung, die man mit Zwang durchzusetzen versucht, betrachtet die FDP am Schluss als Eingriff in das verfassungsmässige Grundrecht der Eigentumsgarantie. Dem könnte sich seine Fraktion nicht anschliessen. Aus ihrer Sicht ist es sinnvoller, wenn man auch finanzielle Anreize schafft und nicht auf dem Verbotsweg am Schluss mit Beschränkungen des Eigentums Entschädigungen zahlen muss, die nur aus diesem Grund schon keine gute Idee sind.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP äussert, wenn sie die Fragen vorher gekannt hätte, hätte sie sie auch abklären können. So muss sie bei gewissen Sachen im Moment passen, geht dem aber nach. Wie sich die Differenz von 523 auf 290 Bäume erklären lässt, weiss sie im Moment schlichtweg nicht. Aber sie geht dem nach und es gibt eine Antwort. Zu den Kriterien für Ersatzpflanzungen: Dass man

grosse Bäume nicht eins zu eins ersetzen kann, ist wahrscheinlich allen klar. Eine Ersatzpflanzung bedeutet nicht, dass ein grosskroniger Baum mit einem grosskronigen Baum ersetzt wird bzw. mit einem grosskronigen, der aber im Moment noch klein ist. Den Begriff «Ersatzpflanzung» kann man nicht eins zu eins nehmen. Es braucht dann halt auch wieder x Jahre bis die Bäume gross sind. Das lässt sich nicht anders machen. Es gibt Bäume, die eine gewisse Grösse haben. Aber man muss realistisch sein, ein Baum, der 40, 50 oder 60 Jahre gestanden hat, kann man nicht eins zu eins ersetzen. Das geht einfach nicht. Ganz interessant fand die zuständige Gemeinderätin die Ausführungen der FDP, die sagt, dass man nicht mit staatlichem Zwang den Schutz von Bäumen auf privatem Grund verordnen kann. Sie spürt hier spontan einen gewissen Widerspruch zur Initiative «Birsigpark», wo man mit staatlichem Zwang den Grundeigentümern verbieten will, auf ihrem Bauland zu bauen. Aber dort scheint der staatliche Zwang kein grosses Problem zu sein. Sie findet das ganz interessant und ist gespannt, wie es noch weitergehen wird.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten auf die Interpellation zur Kenntnis.

Traktandum 8

Nr. 152

Postulat L. Sutter Rehmann, Grüne/EVP: Überprüfung der Pflichtparkplätze

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Karl J. Heim, Mitte/GLP teilt mit, seine Fraktion finde das Postulat unterstützungswert. Binningen ist eine direkte Agglomerationsgemeinde von Basel mit sehr guter ÖV-Anbindung. Das spielt eine Rolle. Die Mitte/GLP erachtet es daher als sinnvoll, dass man die Regelung der Pflichtparkplätze überprüft. Eine Lockerung kann auch im Sinne einer eher liberalen Politik den Grundeigentümern entgegenkommen betreffend mehr Flexibilität in Bezug auf die Erstellung von Privatparkplätzen. Die Fraktion wird das Postulat an den Gemeinderat überweisen.

Ralph Büchelin, SP erläutert, der Gemeinderat informiere in diesem Geschäft, dass er dem Einwohnerrat in der kommenden Legislatur ein entsprechendes Regelwerk unterbreiten möchte. Mit dieser Information des Gemeinderats sieht seine Fraktion diesem Regelwerk entgegen und stimmt der Überweisung des Postulats zu.

Jürg Blaser, SVP führt aus, die SVP lehne die Überweisung des Postulats grossmehrheitlich ab. Ihrer Ansicht nach besteht kein Handlungsbedarf und auch keine Notwendigkeit von der aktuellen kantonalen Regelung abzuweichen resp. ein Regelwerk auf Gemeindeebene auszuarbeiten. Die jetzigen Grundwerte für die Berechnung des Grundbedarfs für Autoparkplätze sind nicht übertrieben und entsprechen in den meisten Fällen immer noch den Bedürfnissen der Anwohnerinnen und Anwohner. Die Neuerungen auf kantonaler Ebene in Bezug auf § 106 Abs. 5 RBG würde es der Gemeinde erlauben, ein eigenes Reglement in Bezug auf die Abstellplätze und den Parkierungsbedarf auszuarbeiten. Das könnte unter Umständen auch die gänzliche Aufhebung der Verpflichtung zur Erstellung von Autoabstellplätzen

bedeuten. Für die SVP steht fest, dass es den Postulanten nicht um eine Anpassung der Pflichtparkplätze geht, sondern schlussendlich um deren Abschaffung.

Daniel Setz, FDP erklärt, die FDP nehme die Antwort zur Kenntnis und schaue dem Regelwerk entgegen. Die Fraktion gibt als Anregung mit, dass auch in Binningen gewisse Zonen möglicherweise andere Bedürfnisse haben als andere und dass dies vielleicht ebenfalls in dieses Regelwerk einfließen sollte. Das Regelwerk wird dann ja hier im Rat besprochen.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP dankt für die mehrheitliche Bereitschaft, das Postulat zu überweisen. Ihrer Ansicht nach ist es eigentlich gar kein aufregendes Postulat. Es ging mehr darum, dass sie gesehen hat, dass beim Kanton eine neue Verordnung dazu erlassen wurde. Im Zusammenhang mit der Stadtnähe von Binningen, der guten Verkehrsanbindung wie auch dem Baumschutz, der vorhin erwähnt wurde, ist es für sie ein Thema. Es gibt so viele Vorgärten, die in Parkplätze verwandelt werden müssen. Darüber könnte man nachdenken. Wenn man ein paar Bäume stehen lassen kann, ist das vielleicht wichtiger, als einen Pflichtparkplatz zu bauen. Wie auch immer. Es geht um eine pragmatische und bedürfnisorientierte Umsetzung der kantonalen Verordnung. Die Votantin ist zuversichtlich, dass dies auch so kommen wird. Das heisst, die Umsetzung wird vielleicht nicht ganz so extrem, wie sie es gerne möchte. Aber das ist nicht der Punkt, sondern es geht darum, dass man es anpasst und auch sinnvoll zeitnah anpasst. In diesem Sinn freut sie sich auf den Beginn der nächsten Legislatur, um zu sehen, wie das Regelwerk aussehen soll.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die positive Aufnahme und die Voten zu diesem Vorstoss. Seit kurzem kann man auf Gemeindeebene ein neues Reglement zu den Pflichtparkplätzen zur Anwendung bringen. Es scheint ihm sehr wichtig, da Binningen stadtnah andere Bedürfnisse hat als vielleicht eine Gemeinde im hinteren Kantonsgebiet. Der Einwohnerrat wird das Reglement beraten und genehmigen. Die Ratsmitglieder haben demnach noch die Möglichkeit, auf das Reglement einzuwirken und Anpassungen vorzunehmen. Ein autofreies Binningen wird es in Zukunft wohl kaum geben.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 27 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 158

Interfraktionelles Postulat: Jobticket für die Mitarbeitenden der Gemeinde Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Karin Glaser, Grüne/EVP möchte vorwegnehmen, dass die Grünen/EVP das Postulat überweisen werden. Ein Beitrag an ein U-Abo finden sie gut, auch in Anbetracht dessen, dass es rund um die Gemeindeverwaltung und die Schulhäuser zum Glück nicht massenhaft Parkplätze gibt. Das sollte das Jobticket attraktiver machen. Der Fraktion würde auch ein genereller Betrag zur freien Verfügung gefallen bzw.

beschränkt auf das U-Abo oder der gleiche Betrag an ein Fahrrad, den man für den Fahrrad-Service benutzen könnte. Das würde es auch attraktiver machen. In der Hoffnung, dass es auch genügend Fahrradparkplätze vor der Gemeindeverwaltung und vor den Schulhäusern hat für die Gemeindemitarbeitenden und Lehrpersonen. Das fände die Grüne/EVP ebenfalls eine gute Idee, ist aber nicht Umfang dieses Postulats.

Karl J. Heim, Mitte/GLP nimmt zustimmend von der Antwort des Gemeinderats Kenntnis. Das Postulat findet seine Fraktion gut. Die Einführung des Jobtickets für Gemeindemitarbeitende ist ein wichtiges Signal und Symbol. Es gibt auch starke Argumente dafür. Das Umsteigen auf den ÖV für den Weg zur Arbeit und für den Freizeitverkehr des gleichen Adressatenkreises muss gefördert werden! Dies umso mehr, wie man schon in den vorherigen Geschäften gesehen hat, da Binningen eine stadtnahe Gemeinde ist mit einer «logischerweise» sehr guten ÖV-Anbindung. Ein mögliches Parkplatzproblem, welches sich einmal ergeben könnte für die Fahrzeuge der Mitarbeitenden, wird so entschärft. Schliesslich werden nicht gleich morgen nur noch Elektrofahrzeuge durch die Gegend fahren. Man redet immer von der hohen Lebensqualität in Binningen. Dass man dies als Tatbeweis für eine ernsthafte Umweltschutzbemühung ansieht, darum findet die Mitte/GLP, ist die Einführung des Jobtickets ein konkreter, positiver Schritt. Schliesslich hat man hier auch die Gelegenheit zu beweisen, dass die öffentliche Verwaltung den guten Ideen der Privatwirtschaft, wobei man eindeutig die Vorreiterrolle des TNW würdigen muss, nicht immer hinterherhinkt.

Richard Bräunlich, SP äussert, die SP finde die Idee gut. Es macht auch die Gemeinde als Arbeitgeberin etwas attraktiver. Den öffentlichen Verkehr zu fördern ist zeitgemäss und sinnvoll.

Daniel Zimmermann, FDP führt aus, das Postulat schein in der Forderung sinnvoll zu sein. Der Anreizgedanke für das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr ist letztlich auch zeitgemäss. Die FDP hat Stimmfreigabe beschlossen aus den Überlegungen, dass auf der einen Seite die Attraktivitätssteigerung für die Gemeinde als Arbeitgeberin sicher ein Label ist, um damit nach aussen zu treten. Es ist ein Anreiz für die Mitarbeitenden umzusteigen. Auf der anderen Seite ist es natürlich de facto eine versteckte Lohnerhöhung. Die bereits gehörte Forderung der Fahrrad-Lobby, dass sie auch bevorzugt wird, ist hier nicht enthalten, aber liegt auf der Hand. Die Fraktion macht Stimmfreigabe.

Christian Schmid Fabini, SVP erklärt, die SVP sei gegen das Postulat. Erstens sollte der Staat nicht diskriminieren. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde Staatsangestellte auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt. Auch ist die Fraktion der Auffassung, dass das Parlament Globalbudgets definieren und nicht willkürlich für eine spezifische Gruppe Vorteile schaffen sollte. Der Redner erwartet, dass sich jedes Ratsmitglied, welches direkt oder indirekt betroffen wäre bei dieser Abstimmung enthält. Auch wenn die Idee löblich ist, wird man mit U-Abos für einige Gemeindeangestellte nicht den Planeten retten. In Bezug auf den Fachkräftemangel möchte er noch folgende Ausführungen machen. Als Staatsangestellter hat man bereits diverse Vorteile. Einerseits eine höhere Jobsicherheit, denn die Wahrscheinlichkeit, dass eine Gemeinde Konkurs geht ist doch ziemlich klein, v.a. mit den Reserven, die Binningen hat. Andererseits hat man die Pensionskasse Baselland, die Leistungen weit über dem gesetzlichen Obligatorium absichert. Zudem ist momentan nur eine Stelle auf der Gemeindeverwaltung ausgeschrieben und zwar für ein Praktikum im Jahr 2024. Somit kann man nicht von Fachkräftemangel sprechen. Mit diesem Postulat wird ein Fass ohne Boden geöffnet. Daher ist die SVP dagegen.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP dankt für die mehrheitlich positiven Voten. Die entscheidenden Sachen wurden ihrer Ansicht nach bereits gesagt. Es geht darum, dass man helfen kann, den ÖV gegenüber dem MIV zu fördern. Das hilft speziell, was das Pendeln an den Arbeitsplatz anbelangt, die Verkehrsprobleme in Binningen zu den Hauptverkehrszeiten vielleicht ein wenig zu minimieren. Man kann helfen, die Parkplatzproblematik zu entschärfen und kann für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Anreiz schaffen, den ÖV zu benutzen, sowohl für die Arbeit wie auch für die Freizeit. In diesem Sinn dankt sie den Ratsmitgliedern für die Überweisung des Postulats.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 19 JA / 9 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Nr. 159

Interpellation St. Siegel, SVP: Sitzbänke im Wohngebiet

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP fragt den Interpellanten, ob er von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Stephan Siegel, SVP würde gerne etwas dazu sagen und beantragt deshalb Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 32 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellant Stephan Siegel, SVP möchte als erstes festhalten, dass ihn die Antwort im ersten Teil etwas befremdet hat. Es war ein belehrender Abschnitt über die Funktion von Sitzbänken, dass man sich daraufsetzen und ausruhen kann. Als ob der Interpellant nicht weiss, was eine Sitzbank ist. Nach diesem ersten Abschnitt war ihm klar, dass es vermutlich nicht so gut kommen wird mit den weiteren Aussagen. Nun aber ernsthaft. Der Polizei liegen keine Berichte vor. Die Sicherheitsfirma fährt vor Ort vorbei und stellt nichts fest. Es gibt keine spezifischen Beschwerden, darum gibt es das Ganze nicht. Beim Redner haben sich Anwohnende gemeldet. Die machen das nicht aus Spass, sondern weil etwas vorgefallen ist, weil es ein Problem ist. Für Einige ist es wirklich ein Problem. Es gibt ein älteres Ehepaar, welches nun seine Wohnung verkauft und aus Binningen wegzieht wegen dieses Problems. Man kann sagen: «Das ist ja nur ein Einzelfall. Das sind Störenfriede, Querulanten.».

Warum melden sich die Personen nicht immer bei der Polizei, v.a. wenn es um Littering geht? Es sind Personen, die sich als Bürger sehen. Wenn vor ihrer Tür Abfall liegt, dann sammeln sie ihn auf. Der Votant macht das auch. Er lässt den Abfall nicht liegen, ruft die Polizei oder den Werkhof und hofft, dass sie zum Aufräumen vorbeikommen. So funktioniert eine Gesellschaft nicht. Aber offensichtlich ist es das, was gewünscht wird. Dass man jedes Mal, wenn bei diesen Bänken etwas liegt, die Polizei ruft und Bilder schickt. Ganz allgemein findet der Interpellant die Antworten, vielleicht etwas überspitzt gesagt, ein wenig arrogant. Auch die Leute, denen er die Antworten bereits gezeigt hat, fühlen sich nicht ernst genommen.

Ralph Büchelin, SP hält eine Entfernung der Sitzbänke nicht für die richtige Lösung. Sie dienen sicher auch älteren Menschen, die dort sitzen möchten. Bei der Hasenrainstrasse / Hohlegasse ist das Altersheim in der Nähe. Vielleicht machen die Bewohnenden einmal einen Spaziergang und sitzen dort gerne hin. Vielleicht möchten sich auch Leute mittleren Alters einmal setzen und etwas essen oder sonst etwas machen. Es scheint ihm nicht die Lösung, die Sitzbänke einfach zu entfernen. Generell kann man sagen, dass im Falle einer Ruhestörung bei der Polizei angerufen werden kann. Er war letzts auch in der Situation, dass eine Party ausser Rand und Band geraten ist. Die Polizei meinte, man könne direkt auf die Nummer 117 anrufen. Der Redner dachte bisher immer, die sei nur für Notfälle. Aber es ist offenbar so gedacht, dass man dort anrufen und sich beschweren kann. Dann kommt jemand vom Sicherheitsdienst vorbei. Wenn es dann nicht bessert, kommt die Polizei und es gibt auch Bussen und im Wiederholungsfall sind diese sicher nicht zu unterschätzen.

Der Votant ist der Ansicht, man sollte die Situation weiter beobachten. Vielleicht muss der Sicherheitsdienst auch vermehrt Kontrollen durchführen. Wenn man dort wohnt, ist diese Belästigung sicher nicht angenehm. Er möchte auch auf die Schilder hinweisen, die aufgestellt wurden, dass die Nachtruhe von 23.00 bis 7.00 Uhr gilt. Das ist ebenfalls zu beachten. Zudem verweist er auf das Postulat von Brigitte Strondl. Sie fordert darin neue Quartiertreffpunkte und auch vermehrt Quartiertreffpunkte mit Begegnungsmöglichkeiten, die von allen Generationen genutzt werden können. Das könnte die Situation aus seiner Sicht auch etwas entschärfen und wäre sicher sinnvoll.

Evelyne Treuthardt, FDP findet, Menschen aus Binningen zu verdrängen, indem man Sitzbänke abbaut, sei das Gleiche, wie wenn man den Fluglärm beseitigt, indem man die Flugzeuge vom Himmel schießt. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass keine Sitzbänke demontiert werden. Es braucht nicht weniger Sitzbänke, sondern mehr. Wie der Gemeinderat bereits mitgeteilt hat, sind keine Lärmbelästigungen eingegangen. Im Übrigen bekämpft man Littering indem man Abfallcontainer neben die Sitzbänke stellt.

Karin Glaser, Grüne/EVP war den ganzen Sommer hindurch, sicher die letzten drei Monate, praktisch jeden Abend zwischen 22.00 und 24.00 Uhr mit den Hunden ums Eck spazieren. Sie ist dabei an der vom Interpellanten angesprochenen Sitzbank vorbeigekommen. Es waren vielleicht zweimal Personen anwesend und von Lärm kann keine Rede sein. Es scheint ihr etwas müssig, hier von Lärmbelästigung zu sprechen und es war nicht die einige Sitzbank, die sie zu dieser Tageszeit gekreuzt hat. Für die Rednerin ist es ein Sturm im Wasserglas.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 11

Nr. 161

Interfraktionelles Postulat: Bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal ermöglichen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Richard Bräunlich, SP erläutert, seine Fraktion habe gesehen, dass es gewisse Gegenstimmen gegen das Projekt gibt. Die SP ist der festen Überzeugung, wenn günstiger Wohnraum auf dem Spiesshöfli gebaut werden wird oder etwas mehr als geplant ist, dann wird sich auch eine Mehrheit für die Überbauung finden können. Wenn nicht, dann sieht die Fraktion schwarz für das Durchkommen des Projekts.

Rahel Amacker, Mitte/GLP teilt mit, kostengünstiger Wohnraum sei ein aktuelles Thema in der Schweiz. Das Bedürfnis ist gross, das Angebot aber oftmals knapp. Das trifft auch auf Binningen zu. Darum ist es umso wichtiger, Möglichkeiten zur Realisierung von bezahlbarem Wohnraum auszuschöpfen, bspw. im Rahmen von laufenden Areal- und Quartierplanungen wie bei Spiesshöfli-Areal. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat daher für seine positive Aufnahme des Vorstosses und seine Bereitschaft zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass ein Teil der Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal gemeinnützig in Kostenmiete angeboten werden kann. Die Mitte/GLP wird sich für die Überweisung des Postulats aussprechen, denn für sie ist klar, eine vielfältige und lebendige Gemeinde ist etwas Tolles. In Binningen zu leben soll auch weiterhin für junge Menschen, Familien und Personen mit niedrigerem und mittlerem Einkommen erschwinglich bleiben. Binningen ist und bleibt hoffentlich für viele eine beliebte und attraktive Wohngemeinde. Die Fraktion ist gespannt auf das Ergebnis der öffentlichen Mitwirkung und der Quartierplanung des Spiesshöfli-Areals einschliesslich der Berücksichtigung des Anliegens des Postulats.

Christoph Daniel Maier, FDP denkt grundsätzlich, dass bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal gar nie realisiert werden, dass überhaupt keine Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal realisiert werden, sondern dass dort der Birsigpark entstehen wird. Der Wunschtraum des Postulanten, dass man den privaten Eigentümer einschränken und dazu zwingen soll, hier günstige Wohnungen zu erstellen, dieser Wunschtraum bleibt auch auf anderen Grundstücken immer eine Fata Morgana. Günstige Wohnungen zu erstellen ist sowieso ein Ding der Unmöglichkeit. Wer neue Wohnungen erstellt, ist mit derartig vielen Vorschriften und Reglementen konfrontiert, dass günstige Wohnungen neu zu schaffen kaum möglich ist. So werden auch Wohnungen, die in Kostenmiete erstellt wurden, nicht zu den günstigen Wohnungen gehören, unabhängig vom Areal, wo dies dann vielleicht einmal zum Tragen kommen sollte. Der Redner hofft wie gesagt, dass auf dem Spiesshöfli-Areal nie Wohnungen gebaut werden, aber dies aus ganz anderen Gründen. Nach seinem Dafürhalten ist es der falsche Ort, um nochmals einen Betonriegel zu bauen, sodass man Binningen schlussendlich nur noch als Häuserschlucht wahrnimmt.

Trotzdem möchte er nochmals zurück zum Anliegen des Postulats kommen. Indem man jemandem vorschreibt, dass er seine Rendite reduzieren muss, sorgt man schlussendlich nicht dafür, dass weitere günstige Wohnungen entstehen. Wenn man sieht, was im Kanton Basel-Stadt mit der Überregulierung passiert, dass sich die privaten Investoren vollständig aus dem Mietwohnungsbau zurückziehen, weiss man, dass dieser Weg mit Vorschriften über Einschränkung der Nutzung von Mietwohnungen der beste Weg ist, um dafür zu sorgen, dass es gar keine Investitionen mehr gibt. Daher muss man seiner Ansicht nach den Einschränkungen von Privatinvestitionen von Anfang an einen Riegel schieben. Alle anderen sollen doch einfach weiterhin ihrer Fata Morgana hinterherrennen und dann halt in der Wüste der fehlenden Wohnungen verdursten.

Christian Schmid Fabini, SVP führt aus, die SVP sei gegen das Postulat. Laut neuestem Stand würde die Albert Lück-Stiftung bereits einen grossen Kompromiss eingehen mit 10 Prozent kostendeckenden Wohnungen. Aber das scheint den Postulanten immer noch nicht zu reichen. Es wird immer noch mehr und noch mehr staatlicher Eingriff verlangt. Wie man es auch in Basel-Stadt sieht, führen mehr staatliche Eingriffe nur zu mehr Problemen. Die Leidtragenden sind die Bewohner. Die Fraktion möchte auch darauf hinweisen, dass der Werkhof mindestens mittelfristig dort verbleiben wird. Sie sind auch der Meinung, dass auf diesem Areal ein Park realisiert werden sollte, damit Binningen ein neues Naherholungsgebiet hat.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP informiert, die Grünen/EVP unterstützen das Anliegen der SP in dieser Sache. Sie halten es auch für umsetzbar und werden für Überweisung stimmen. Der Votant möchte noch

ein paar Gedanken zum Spiesshöfli-Projekt äussern, gerade im Nachgang zu seinen Vorrednern. Wenn man also eine Überbauung grundsätzlich verhindert, ist das weniger Staatseingriff, als wenn man sagt, es müssen ein paar günstige Wohnungen mehr gebaut werden. An diese Logik muss er sich noch gewöhnen. Er möchte aber auch darauf hinweisen, wie ein solches Geschäft normalerweise abläuft. Für das Projekt hat der Gemeinderat einen Quartierplanentwurf erarbeitet. Dieser wurde in einem vorgesehenen Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung vorgelegt. Die Bevölkerung kann Stellungnahmen dazu abgeben, welche vom Gemeinderat analysiert werden.

Danach erstellt der Gemeinderat eine Vorlage für einen Quartierplan an den Einwohnerrat. In dieser Vorlage werden die Mitwirkungsstimmungen präsentiert. Der Gemeinderat beschreibt, was er berücksichtigen konnte und warum er etwas nicht berücksichtigt hat. Die Vorlage wird vom Einwohnerrat beraten. Der Rat kann sie an eine Kommission zur vertieften Beratung überweisen und später allenfalls Änderungen an der Vorlage vornehmen, die Zustimmung verweigern oder zustimmen. Dann gibt es noch die Möglichkeit eines fakultativen Referendums und gegen die spätere Planaufgabe kann erst noch eingesprochen werden. Aber offenbar sind dies gegenwärtig nicht genügend Möglichkeiten zum Mitgestalten eines Projekts. Jetzt müssen in der gleichen Sache in diesen Phasen noch Initiativen und Vorstösse lanciert werden, die das ganze Verfahren sehr speziell machen. Aus jeden Fall scheint es nicht mehr sinnvoll zu sein, dass man demokratische Abläufe definiert und sich an diese hält. Das waren einige Gedanken des Redners. Jeder kann damit machen, was er möchte.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die unterschiedlichen Voten. Heute Abend geht es um ein Postulat und es geht um bezahlbaren Wohnraum. Es geht heute Abend nicht um die Quartierplanung Spiesshöfli und daher ist der Auftrag für den Gemeinderat zu prüfen und zu berichten. Es wird heute kein kostengünstiger Wohnraum beschlossen, sondern nur eine Überweisung des Postulats. Wie der ganze Prozess rund um das Spiesshöfli weitergeht wurde bereits erwähnt mit Initiativen usw. Das sind alles Rechte, die vorhanden sind und die man nutzen kann. Am Ende wird eine Mehrheit bestimmen, was auf dem Spiesshöfli realisiert wird. Wahrscheinlich wird dies das Volk bestimmen. Es sind ganz normale Abläufe, die man zulassen muss.

Sven Inäbnit, FDP äussert, ob dort unten gebaut werde oder nicht, stehe auf einem anderen Blatt. Das ist nicht Gegenstand der heutigen Diskussion, sondern es geht einfach um das Postulat. In diesem Postulat, welches der Gemeinderat zu seinem grossen Erstaunen entgegennehmen möchte, steht ganz klar die Forderung, dass ein Grossteil der Wohnungen auf dem Areal gemeinnützig sein soll. Er möchte den Gemeinderat um Klärung anfragen, wie er «ein Grossteil der Wohnungen» interpretiert. Wenn man einerseits die Gemeinde anschaut, die etwas in Planung oder in Absicht hat, aber auch die privaten Eigentümer, die dort bauen möchte, würde ihn interessieren, wie der Gemeinderat das Wort «Grossteil» interpretiert. «Grossteil» ist nicht die Mehrheit, aber «Grossteil» ist auch nicht 10 Prozent. Nun kommt er zum springenden Punkt. 10 Prozent ist der maximale Anteil, den ein Privater heute bereit ist an kostendeckender Miete zu machen. Das ist bereits sehr grosszügig. Die privaten Eigentümer dort sind sicher nicht bereit über die 10 Prozent hinaus zu gehen. Das heisst, der Grossteil müsste dann quasi auf der Gemeindeseite realisiert werden oder wie sind hier die Vorstellungen? Wenn man den Boden überspannt, wird von den Privaten halt einfach nicht gebaut. Das muss man respektieren. Er wäre froh, wenn der Gemeinderat begründen könnte, wieso er das Postulat entgegennehmen möchte und wie er den «Grossteil» interpretiert.

Lewin Lempert, SP erklärt, die Wüste der fehlenden Wohnungen könne man leider auch nicht begrünen, indem man einen Park erstelle. Dann müsste man höchstens Baumhäuser bauen, aber Wohnungen gibt es garantiert keine. In der Schweiz gibt es aktuell eine sehr tiefe Leerwohnungsziffer. Viele Menschen haben grosse Probleme eine Wohnung zu finden resp. eine bezahlbare Wohnung zu finden. Spezifisch in Binningen gibt es ein Problem mit sehr teuren Wohnungen. Auf dem Spiesshöfli-Areal gibt es aktuell Wohnungen. Es geht nun darum, eine Arealentwicklung durchzuführen. Wenn man die Unterlagen studiert, versucht die Gemeinde durchaus die Bedürfnisse, die komplett legitim sind, dass es auch grüne

Bereiche auf diesem Areal gibt, aufzunehmen. Er liest aus den Berichten, dass die Versiegelung des Bodens auf dem Spiesshöfli-Areal auf ein Minimum beschränkt werden soll. Die Birsig soll revitalisiert werden. Es gibt zahlreiche Baumbepflanzungen. Es ist nicht Debatte heute Abend, aber er findet es für den demokratischen Ablauf doch wichtig, dass man versucht, gemeinsam an diesem Projekt, das auf den Tisch kommt, zu arbeiten, es vielleicht noch etwas grüner zu machen, aber eben auch den Anteil der bezahlbaren Wohnungen, der Wohnungen mit Kostenmiete zu erhöhen.

Vielleicht noch ein Punkt zum Votum von Sven Inäbnit. Es stimmt natürlich. Es gibt einen gewissen zeitlichen Unterschied. Das Postulat stammt aus der Zeit vor der Werkhof-Abstimmung. Damals war die Perspektive, dass es inklusive der Parzelle der Gemeinde Wohnungen geben könnte. Da weiss man aktuell nicht, wie es weitergehen wird. Darum hat die SP mit der Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern aus der Gemeinde bei der öffentlichen Mitwirkung den Antrag eingereicht, dass mindestens 30 Prozent der Wohnungen unter Kostenmiete erstellt werden sollen. Dass ist keine völlig utopische Forderung, sondern es ist eine Erhöhung. Er freut sich auch auf die gemeinsame Debatte, was möglich ist. Vielleicht sind am Schluss nicht 30 Prozent möglich. Vielleicht sind am Schluss 25 Prozent möglich, vielleicht sind 35 Prozent möglich. Aber er würde es begrüßen, wenn man auf dem Areal nicht einfach sagt: «Dort braucht es einen Park. Wir wollen gar nichts.», angesichts einer Situation, wo viele Menschen guten und günstigen Wohnraum dringend nötig haben.

Thomas Hafner, Mitte/GLP möchte kurz auf diverse Voten Bezug nehmen. Es geht ihm nicht unbedingt nur um die bezahlbaren Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal, sondern grundsätzlich um die bezahlbaren Wohnungen in Binningen. Von der FDP hat er gehört, wenn man baue, gäbe es keine günstigen Wohnungen. Das ist richtig. Er findet das Wort «günstige Wohnungen» auch nicht treffend. Aber wenn man in Binningen Wohnungen in Kostenmiete erstellt, sind es in der Regel weniger teure Wohnungen als Wohnungen, die über Grossinvestoren erstellt werden. Grundsätzlich sind Wohnungen in Kostenmiete aus Sicht seiner Fraktion zu fördern. Als das Postulat eingereicht wurde, war der Werkhof noch dabei. Heute weiss man, dass dies nicht so ist. Der Redner hat den Mitwirkungsplan gelesen. Der Gemeinderat hat darin 10 Prozent Wohnungen in Kostenmiete vorgeschlagen. Sven Inäbnit hat es gesagt: Ein Grossteil der Wohnungen soll gemeinnützig, in Kostenmiete vorgesehen werden. Das erstaunt ihn auch etwas. Für den Votanten war es nicht ein Grossteil, sondern ein Anteil. 10 Prozent ist für ihn ein Anteil und kein Grossteil. Die Forderung der SP, wie sie in der Zeitung geschrieben haben, von 30 Prozent ist für ihn persönlich völlig überrascht. Der Investor, der hier mitmachen will, diese 30 Prozent sieht er nicht. Daher findet er den Quartierplan ok. Das ist gut so.

Nun spannte der Redner den Bogen noch zum Birsigpark. Persönlich musste er sich auch umstellen bzgl. Brisigpark. Er will sich hier aber nicht für den Birsigpark aussprechen, auch wenn er persönlich vielleicht eine andere Meinung hat. Er möchte hier sicher nicht für den Birsigpark Werbung machen. Aber als er gehört hat, dass die ganze FDP scheinbar einem solchen Birsigpark zustimmt und auch die SVP für einen solchen Birsigpark zu haben ist, war er doch etwas überrascht. Schlussendlich muss man ja ehrlich sagen, wenn diese Initiative zustande kommen würde und es würde bewilligt werden, würde das heissen, dass der Einwohnerrat dem Kauf einer solchen Parzelle zustimmen müsste. Das ist ein grosser Posten an Geld und er zweifelt ehrlicherweise noch etwas daran. Das hat aber für ihn nichts mit dem Postulat zu tun. Er bittet die Anwesenden, das Postulat zu überweisen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP würde vor der Abstimmung gerne nochmals in Erinnerung rufen, dass es heute um ein «prüfen und berichten» geht. Ihres Erachtens geht es um ein prüfen und berichten von vor allem zwei Stossrichtungen. Einerseits gibt es ein aktuelles Problem in Richtung Wohnungsnot, wo man sich überlegen muss, wie man darauf reagieren möchte. Zweitens geht es der Votantin auch um eine viel längerfristige Betrachtung Binningens. Sie hat viele junge Menschen in ihrem Umfeld. Junge Menschen, die ins Berufsleben starten, die damit beginnen, ihre Zukunft und ihre Familien zu planen. Sie hört ganz oft, dass Binningen ein sehr attraktives Ziel wäre und sie gerne hier wohnen oder wohnen bleiben möchten. Eine Wohnung zu finden und am Anfang eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist aber

sehr schwer. Die Rednerin versichert den Anwesenden, dass diese Menschen für die Gemeinde sehr bereichernd wären und vor allem auch langfristig als Steuerzahlende etc. Daher fände sie es schön, wenn heute eine Mehrheit das Postulat überweisen würde. Das Votum von der rechten Ratsseite zu Beginn der Debatte hat sie sehr überrascht. Vielleicht hat sie es zum Teil auch falsch verstanden. Aber zu sagen, kostengünstiger Wohnraum sei etwas Illusorisches. Das sollte es nicht sein. Sie findet, dann müsse man sich dagegen einsetzen, denn Binningen sollte für alle eine gute und bezahlbare Gemeinde sein.

Simone Abt, SP ist der Meinung, man sollte sich auf keinen Fall die Option nehmen lassen, bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal prüfen zu lassen. Vor allen Dingen nicht mit der Begründung, dass man auf das Zustandekommen einer Initiative zählt, die selbst wenn sie zustande kommt, noch nicht unbedingt vom Volk gutgeheissen ist. Denn wenn sie einmal ein Preisschild bekommt, könnte es durchaus noch Widerstände in der Bevölkerung geben. Sie plädiert dafür, sich die Option offen zu halten, mehr Wohnraum für Menschen zu schaffen, die kein riesiges Budget haben. Es wird bezahlbarer Wohnraum verlangt. Kein billiger und nicht einmal günstiger, sondern mit einem vernünftigen Einkommen bezahlbarer Wohnraum. Das sollte machbar sein. Davon gibt es in Binningen nicht zu viel. Es handelt sich also um einen sehr pragmatischen und sinnvollen Vorschlag, der der Gemeinde sicher gut anstehen würde.

Christian Schmid Fabini, SVP äussert, es werde immer gesagt, es würde eine riesige Wohnungsnot geben und es sei wirklich dramatisch. Beim vorherigen Postulat hat man wegen einer Praktikumsstelle von einem Fachkräftemangel in Binningen gesprochen. Wenn man das Durchschnittseinkommen der Binninger nimmt, gibt es über 60 Wohnungen, die man aktuell mit dem Durchschnittseinkommen einer Einzelperson in Binningen mieten könnte. Es gibt Wohnungen. Klar gibt es vielleicht nicht hunderte Wohnungen für 500 Franken, aber es ist halt auch eine teure Gemeinde. Dadurch, dass Binningen eine schöne Gemeinde ist, werden sehr gute Steuerzahler angezogen. Mit dem Einkommen, das ein durchschnittlicher Binninger verdient und auch mit einem Einkommen, das weit unter dem durchschnittlichen Einkommen liegt, kann man sich immer noch eine Wohnung in Binningen leisten. Es gibt ein paar dutzend Wohnungen, die frei sind. Das kann man nachschauen. Seines Erachtens müssen es nicht immer mehr Staat und mehr Subventionen sein. Dadurch steigen die Steuern und die Leute werden vertrieben. Dann vertreibt man die Personen, die den ganzen Plausch der anderen Seite finanzieren. Er findet, damit müsse man endlich aufhören.

Sven Inäbni, FDP hält die Interpretation von Thomas Hafner, dass die ganze FDP hinter dem Birsigpark stehe, für gewagt. Er würde dies nicht so im Raum stehen lassen. Das Postulat ist einfach das Postulat. Dort ist ein Antrag auf der zweiten Seite formuliert bei dem es um das Spiesshöfli und um die Kostenmiete auf diesem Areal geht. Nicht mehr und nicht weniger. Wenn man dies ausdehnen möchte, dass der Gemeinderat quasi einen Rundumschlag macht, wie man in ganz Binningen den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern kann, dann bittet er ein entsprechendes Postulat einzureichen. Das ist hier nicht der Fall. Der Redner bittet den Gemeinderat, sich auch an den Auftrag des Postulats zu halten. Zudem möchte er noch einmal daran erinnern, dass er Fragen gestellt hat, was für den Gemeinderat «ein Grossteil» bedeutet und wie er dies bei den Privaten realisieren möchte.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte noch etwas sagen bzgl. Subventionen und den armen Privatbesitzer. Erstens geht es nicht nur um Subventionen. Es geht einfach darum, wieviel Gewinn man mit seinem Boden tatsächlich machen darf. Wohnungsbau ist eine der Sachen, mit denen man immer noch am meisten Rendite machen kann. Es gibt durchaus Beschränkungen, wieviel Rendite man machen darf, vielerorts werden diese aber nicht eingehalten. Nun soll geprüft werden, was genau möglich ist. Die Rednerin ist sicher, dass man hier auch verhandeln und Schätzungen machen kann. Aber einfach zu sagen, es sei nicht möglich, günstigere Wohnungen zu bauen, findet sie nicht gut. Dies einfach zu diesem Punkt, ohne jetzt auf den Birsigpark einzugehen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP äussert, es stehe eine politische Forderung im Raum für bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und zu prüfen. Der Grossteil wird im Postulat gefordert. Wie der Gemeinderat damit umgehen wird, muss er erst mit dem Postulat beantworten. Im Moment sind viele Bestrebungen da, im Spiesshöfli verschiedene Optionen zu machen. Der Gemeinderat muss daher eine Abwägung treffen, wenn er das Geschäft «Quartierplan Spiesshöfli» bringt.

Thomas Hafner, Mitte/GLP stimmt seinem Vorredner dahingehend zu, dass Binningen natürlich attraktiv ist. Es gibt ein tolles Umfeld, eine tolle Infrastruktur und relativ günstige Steuern im Kanton. Binningen ist hinsichtlich Steuern die fünftgünstigste Gemeinde im Kanton Baselland. Aber wenn man von der Attraktivität von Binningen spricht, gehören die Mietzinse auch dazu. Da ist Binningen überhaupt nicht attraktiv. Es gibt viele Personen und Familien, auch Personen, die im Einwohnerrat waren, die Binningen gerade auch wegen teuren Immobilien und Mietzinsen verlassen haben. Das sollte man seiner Ansicht nach auch in Betracht ziehen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 19 JA / 15 NEIN (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 12

Diversa

Präsident Roman Oberli, SVP teilt mit, dass mit dem Geschäft Nr. 204A/XII zum Verkauf des Kabelnetzes dieses Geschäft abgeschlossen wurde. Damit ist auch die Spezialkommission Kabelnetz aufgelöst.

An dieser Stelle darf er auch Claudia Fünfschilling aus dem Einwohnerrat verabschieden und dies zum zweiten Mal. Sie war nämlich bereits von 2004 bis 2010 Einwohnerrätin und seit 2020 wieder. In der aktuellen Legislatur war sie Mitglied der Bau- und Planungskommission und Ersatzmitglied der GRPK. Generell hat sie in ihrer politischen Laufbahn viel und an vielen Orten etwas für die Gemeinde geleistet. So war sie auch Mitglied und Präsidentin der Sozialhilfebehörde. Für diesen Einsatz für die Gemeinde Binningen möchte er Claudia Fünfschilling danken und wünscht ihr das Beste für ihren weiteren Weg.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP würde gerne der Beantwortung der Frage des Einwohnerrats aus der letzten Sitzung nachkommen bzgl. der Ungleichbehandlung der Arbeitgeberbeitragsreserve bei den Versichertengruppen. Das betrifft die Lehrpersonen und übrige Mitarbeitende. Zum Thema «Rückbehalt ehemaliger Sanierungsgelder» wurde von Stefan Degen von der FDP im Landrat ein Postulat eingereicht. Dieses wurde am 22. November 2022 vom Regierungsrat beantwortet und am 9. Februar 2023 vom Landrat überwiesen und abgeschrieben.

Der Regierungsrat hat zu diesem Thema folgendes festgehalten: Er beabsichtigt noch keine Rückführung der Mittel aus der Arbeitgeberbeitragsreserve, da seit Jahresbeginn das Risiko gestiegen sei, sodass bei einer weitergehenden Unterdeckung zusätzliche Teile der Arbeitgeberbeitragsreserve beansprucht werden würden. Solange die Gemeindelehrpersonen im Vorsorgewerk des Kantons versichert seien, be-

stehe diese Abhängigkeit der Gemeinden vom Vorgehen des Kantons. § 6 Abs. 1 des Pensionskassen-dekrets macht die enge Verzahnung der Gemeinden mit dem Kanton deutlich. Einwohnergemeinden können für ihre Lehrkräfte einen anderen Vorsorgeplan als der für die Mitarbeitenden des Kantons geltenden oder eine andere Vorsorgeeinrichtung als die BLPK bestimmen. Wenn sie dies machen, müssten sie aber auch die Personaladministration der Lehrkräfte selber führen, während dies aktuell der Kanton kostenlos für sie macht. Bisher hat noch keine Gemeinde von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Dass die von den Gemeinden infolge von Unterdeckungen des Vorsorgewerks geleisteten Finanzierungen der Arbeitgeberbeitragsreserve den Gemeinden zustehen, ist unbestritten. Die Rückführung erfolgt voraussichtlich nach Ablauf der 20-jährigen Frist der Zweckbestimmung vom Arbeitgeberbeitragsreserve-Zuschlag. Die Abteilung Gemeindefinanzen des Kantons Baselland hat in der Arbeitsgruppe Gemeindefinanzwesen die Thematik der Rückerstattung schon einmal angesprochen und dabei festgestellt, dass aufgrund der vorhandenen Liquidität in den allermeisten Gemeinden aus der Arbeitsgruppe kein grosses Interesse nach möglichst frühzeitiger Rückerstattung besteht. Eine politische Diskussion würde es dann benötigen, wenn der Umfang einer künftigen Unterdeckung die Höhe der Arbeitgeberbeitragsreserve von 419,1 Millionen Franken übersteigen sollte und sich auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder an Sanierungsmassnahmen beteiligen müssten.

Der Regierungsrat hat dem Landrat empfohlen, das Postulat entgegen zu nehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Dies hat der Landrat am 9. Februar 2023 auch gemacht.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erläutert, an der letzten Einwohnerratssitzung wurde folgender Beschluss gefasst: «Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat an der nächsten Sitzung entweder das geänderte Baurechtsreglement vorzulegen oder die Gründe der Verzögerung zu erklären.» Wie die Anwesenden sehen, werden heute die Gründe der Verzögerung erklärt. Das Baurechtsreglement liegt heute nicht vor. Die Revision des Baurechtsreglements hat der Gemeinderat Anfang 2021 in Angriff genommen. Aus verschiedenen Gründen ist der Zeitbedarf für diese Revision grösser als erwartet. Die Orientierung am bestehenden Reglement ist schwierig, da bestehende Bestimmungen zum Teil unklar, der Aufbau äusserst unübersichtlich und die Bestimmungen teilweise nicht mehr zeitgemäss sind. Die Ziele müssen daher neu aufgesetzt werden. Eine Teilrevision erscheint unter diesem Aspekt nicht möglich und der Gemeinderat hat beschlossen, eine Totalrevision vorzunehmen. Das benötigt mehr Zeit.

Zudem gibt es keine geeigneten Vorlagen für ein solches Reglement. In der Schweiz gibt es genau drei Gemeinden, die über ein Baurechtsreglement verfügen. Nämlich Binningen und zwei Oberwalliser Gemeinden. Der Grund liegt vermutlich darin, dass man mit den Baurechtlehrenden in einem Vertragsverhältnis ist und dort auch ein gewisser Handlungsspielraum der Exekutive gewährleistet werden muss. Die von der GRPK im Juni 2021 gewünschten Informationen und Anträge zur Staffelung des Baurechtszinses sowie zum Prozess zu § 12 «Besitz von Grundeigentum» haben einen Zusammenhang mit dem neuen Reglementvorschlag. Daher hat der Gemeinderat entschieden, alle Themen gemeinsam in einer Gesamtvorlage zu präsentieren. Die Totalrevision liegt im Entwurf vor und der Gemeinderat rechnet damit, dass er im ersten Quartal 2024 die Gesamtvorlage dem Einwohnerrat präsentieren kann.

Der Präsident bedankt sich für das Erscheinen und schliesst die Sitzung um 21.25 Uhr.

ER-Sitzung vom 25. September 2023

			Gesch. Nr. 172	Gesch. Nr. 138	Gesch. Nr. 147	Gesch. Nr. 151	Gesch. Nr. 152	Gesch. Nr. 158	Gesch. Nr. 159	Gesch. Nr. 161
			2	3	4	5	6	7	8	9
Nr.	Name	Fraktion	Verabschiedung Reglement	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat	Diskussion	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat	Diskussion	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
4	Glaser P.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Glaser S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Büchelín	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Müller	SP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
15	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18		SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
24	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
25	Häfele	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
28	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
29	Schinzel	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
33		FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Blaser	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
35	Keller	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Nein
36	Oberli	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
37	Schmid Fabini	SVP	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
40	Widmer	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Nein

TOTAL

Ja	33	26	34	33	27	19	32	19
Nein	0	5	0	1	5	9	0	15
Enthaltungen	1	2	0	0	2	6	1	0
	34	33	34	34	34	34	33	34